

## Treckerrebellion



Anneli Wehling, engagierte Landwirtin

Foto: Fred Dott

»Als Freunde aus dem Ausland mir sagten: euer Milchpulver in unseren Schränken ist ein Problem – da habe ich mich fremdgeschämt«, sagt Anneli Wehling. Die 57-jährige gelernte Bäuerin aus der Gemeinde Kibbitzreihe, 30 Kilometer nordwestlich von Hamburg, kennt die Probleme der Landwirtschaft aus eigener Hand. »Es wird nur noch in Masse und für den Export produziert.« Die Produktion der Entwicklungsländer werde dadurch zerstört. Doch auch in Deutschland sei es zunehmend schwierig: »Es gibt harte Konkurrenz unter den Bauern, einige wenige Konzerne bestimmen einfach alles.« Immer mehr Betriebe müssten sich verschulden, das »Handwerk« gerate angesichts fortschreitender Industrialisierung in den Hintergrund. Dann noch die Sache mit dem Geld: »Von bäuerlicher Arbeit kann man kaum noch leben.« Die Löhne stagnieren seit Jahren, die Erlöse für die Milch in den Boden fallen. Der Druck »noch mehr, noch intensiver zu produzieren«, sei das Ergebnis. Wehling, auf ihrem Hof mit den 80 Kühen, will sich damit nicht abfinden. Seit mehreren Jahren ist die Aktivistin in der »Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft« (AbL) aktiv. Mit ihrem Trecker will sie nun zum G20-Treffen nach Hamburg fahren. Gegen das »selbst ernennte Machtgefüge« müsse demonstriert werden: »Es ist an der Zeit, dass Ernährungssouveränität weltweit wahr wird.« Es ermutigt Wehling, dass auch viele andere Bauern so denken wie sie. Gemeinsam wollen sie kämpfen: »Für eine Globalisierung, die überall faire Bedingungen schafft.« seb

»Als Freunde aus dem Ausland mir sagten: euer Milchpulver ist ein Problem – da habe ich mich fremdgeschämt«, sagt Anneli Wehling. Die Bäuerin kennt die Probleme der Landwirtschaft aus eigener Hand.

## Von wegen Marshallplan

»Marshallplan für Afrika?!« Anke Kuß muss lachen. »Nee, daran glaube ich ganz bestimmt nicht!« Dabei liegt die globale soziale Ungleichheit der 36-Jährigen ganz besonders auf der Seele. Doch den G20 gehe es nicht um die Bekämpfung der Armut, sondern um finanzielle Lösungen. Das Ergebnis seien dann Freihandelsabkommen, die würden Armut ja nun sicher nicht bekämpfen. »Unfassbar, man gibt vor, man tue Afrika etwas Gutes«, regt sich Kuß auf, »dabei führt der Freihandel doch nur zum Landgrabbing.« Man müsse die kleinbäuerliche Landwirtschaft in den Mittelpunkt stellen, um eine nachhaltige Ernährung zu gewährleisten. Warum sie sich als Naturfreundin so sehr um Armut kümmere, die Organisation habe doch die Umwelt verstärkt im Blick? »Das gehört für uns Naturfreunde zusammen«, sagt sie, »wir sind aus der Arbeiterbewegung entstanden und haben beides im Blick, soziale Rechte und das Klima.« Aktuell könne man sehen, dass für die Klimakrise falsche Lösungen gesucht würden. Nicht die Betroffenen stünden im Fokus, sondern die Gewinne der Unternehmen. »Auch in der Energiewirtschaft werden bei dem Abbau von Rohstoffen in vielen Ländern keine arbeitsrechtlichen Standards gesetzt, Menschenrechte werden verletzt, und die Konzerne dafür nicht belangt.« Ob sie glaubt, dass die Regierungschefs der G20 umdenken, weil Zehntausende demonstrieren? Nein, daran glaubt Kuß nicht. Leider. Aber der Protest sei trotzdem wichtig: »Wir müssen zeigen, dass wir viele sind, die für Alternativen zum bestehenden Wirtschaftssystem kämpfen.« ek



Anke Kuß, Vorstand der Naturfreunde Berlin

Foto: privat

## Amoralischer Wahnsinn



Jörn Kalinski, Kampagnenmanager bei Oxfam

Foto: privat

»Amoralischer Wahnsinn« sei das doch, empört sich Jörn Kalinski: »Die acht reichsten Personen der Welt besitzen genauso so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit.« Der 59-jährige Kampagnenmanager der Nothilfe- und Entwicklungsorganisation »Oxfam« hatte bereits in seinem früheren Afrikanistikstudium festgestellt, dass der Zugang zu Ressourcen in der Welt sehr ungleich verteilt ist. Dies führte ihn dann zu der NGO, deren deutsche Sektion er 1995 mitgegründet hatte. Seitdem beschäftigt sich der gebürtige Stralsunder fast täglich mit der sozialen Schieflage, doch der aktuelle Trend bereitet ihm besondere Sorgen: »Weltweit wächst in sieben von zehn Ländern die soziale Ungleichheit.« Die Folgen dieser Entwicklung seien vielfältig: »Es zerreißt Gesellschaften, bereitet den Nährboden für Gewalt und schadet letzten Endes auch der Wirtschaft.« Die Brüche verliefen dabei nicht nur zwischen der Nord- und Südhalbkugel, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder selbst. Der G20-Gipfel biete nun eine Chance zur Thematisierung dieses Problems: »Was hier besprochen wird, hat großes Gewicht, auch wenn in Hamburg nicht die ganze Welt vertreten ist.« Es seien aber eben die Länder mit dem größten Einfluss. Kalinski hofft, dass die Demonstranten mit ihren Botschaften durchdringen können. »Wir wollen, dass die G20 sich für das Gemeinwohl einsetzen und gleichzeitig internationale Prozesse stärken.« Ein Erfolg wäre für ihn ein Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen sowie ein verbindlicher Aktionsplan gegen soziale Ungerechtigkeit. seb

# Wer reitet die Protestwelle?

Ein Netzwerk verschiedener Nichtregierungsorganisationen führte am Sonntag eine bunte Großdemonstration durch Hamburg. Die Teilnehmer forderten von den G20-Staaten eine gerechte Politik. Wir haben nachgehakt

## Lebensraum in Gefahr



Wolfgang Kruppmann, Mitglied von Greenpeace

Foto: privat

»Jetzt machste' noch was«, dachte sich Wolfgang Kruppmann am Beginn seines Ruhestandes. Es dauerte nicht lange, und der frischgebackene Rentner trat der Umweltschutzorganisation Greenpeace bei. Heute, einige Jahre später, engagiert sich der mittlerweile 72-jährige Berliner immer noch für die »bedrohte Erde« – und fährt zum Demonstrieren am 2. Juli nach Hamburg. »Ob Ressourcenabbau, Klimawandel oder kriegerische Auseinandersetzungen – unser Lebensraum ist in Gefahr«, erklärt der Aktivist zu seinen Motiven. Der Planet sei einfach zu schön, um ihn nicht zu erhalten. In Hamburg bietet sich dafür eine Chance: »Hier treffen sich die mächtigsten Politiker, die es in der Hand haben, etwas zu verändern.« Sicher, die Hoffnung auf eine umfassende, schnelle Lösung sei schon »ein bisschen blauäugig«, aber so funktioniere es nun mal. Die Erwartungen sind jedoch gedämpft: »Trotz diesem ständigen Gipfelhopping passiert einfach nichts.« Bisher seien keine erkennbaren Lösungen erreicht worden. Der ehemalige Informatiker warnt, dass sich das verändernde Klima auch diesmal nicht von markigen Sprüchen beeindrucken lassen wird. Wenn viele Demonstranten nach Hamburg kämen und friedlich ihre Kritik deutlich machen, könne man aber vielleicht genügend Druck für eine ökologisch nachhaltige Politik aufbauen. Die Zeit wird knapp, Kruppmann verspürt die Verpflichtung, aktiv zu bleiben: »Die folgenden Generationen werden uns fragen, was wir getan haben.« Den Kindern dürfe man keine kaputte Welt hinterlassen. seb

## Irgendwie schräg

»Aber natürlich« engagiert sich Gaby Wienen politisch, das ist doch keine Frage: »weil wir unseren Kindern eine bessere Welt hinterlassen müssen.« Schon seit den 1970ern ist die Sozialarbeiterin in der Katholischen Arbeitnehmerbewegung. Hochschwanger nahm sie 1983 im Bonner Hofgarten an den Protesten gegen die atomare Aufrüstung teil. Inzwischen hat die 60-Jährige zwei Enkelkinder. »Die verdienen sowohl gute Arbeitsbedingungen als auch ein Klima ohne Chaos«, findet Wienen. »Das ist mein Motor. Und deshalb demonstriere ich auch in Hamburg.« Sie sei froh, dass sie schon vor dem G20-Gipfel protestieren könne. Denn auf Gewalt habe sie keine Lust, ebenso wenig wie auf die polizeiliche Verbotszone. Eine heikle Sache sei das: Der Balanceakt zwischen Versammlungsfreiheit und der Wahrung von Sicherheit. Warum der Gipfel denn ausgerechnet in Hamburg stattfinden müsse? Irgendwie schräg. Nun sei sie keine Politikerin, das nicht. Aber sie könne auch so erkennen, welche Standards auf dem Weltmarkt gesetzt würden. »Die jetzt schon benachteiligten Länder kriegen von der G20-Politik noch eins oben drauf, wir verbrauchen ihre Ressourcen, wir missbrauchen ihre Böden, die sind dann nichts mehr wert, völlig ausgelaugt und vergiftet.« Die Weltpolitik gehe an den Bedürfnissen der Menschen vorbei, als Sozialarbeiterin sehe sie das jeden Tag. Aber zum Glück seien auch Gewerkschaften und Sozialverbände international aktiv, an die müsse man sich wenden. Ob sie nicht doch ein bisschen Politikerin sei? Wienen lacht, nein, auf keinen Fall, einfach nur eine wache Bürgerin. ek



Gaby Wienen, Katholische Arbeitnehmerbewegung

Foto: privat

## Demokratie ist die Klammer



Helena Peltonen, Landesvorstand bei Mehr Demokratie

Foto: privat

Helena Peltonen ist unzufrieden. Noch immer werden Kohlekraftwerke gebaut. Die soziale Spaltung nimmt weiter zu. Ungerechte Handelsabkommen zwingen Unterzeichnerstaaten, die Gesetze den Anforderungen der Wirtschaft anzupassen. Und all dies wird meist über die Köpfe der Menschen hinweg beschlossen. Aus Sicht der 66-jährigen Diplomkauffrau aus Hamburg setzt ein Wandel etwas voraus: »Die Klammer, um all diese Probleme zu lösen, ist die Demokratie.« Die Zivilgesellschaft müsse endlich systematisch in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Ein »Umsteuern« wäre sonst nicht möglich. Peltonen ist deswegen bei der Nichtregierungsorganisation »Mehr Demokratie« aktiv, seit vier Jahren auch im Landesvorstand. In Hamburg will sie für ihr Anliegen protestieren. Der Mangel an gleichberechtigter Teilhabe werde in der Hansestadt offensichtlich: »Es gibt rund 170 Länder, die bei dem Gipfeltreffen nicht mit am Tisch sitzen.« Nur durch ihr Mitwirken könne aber soziale Gerechtigkeit weltweit umgesetzt werden, nur gemeinsam würden sich Fluchtursachen effektiv bekämpfen lassen. Immerhin bindet die deutsche Präsidentschaft die NGOs diesmal ein, sagt Peltonen. Wie langfristig das gelten werde, sei jedoch unsicher. Die jeweilige ausrichtende Staatsführung lege die Grenzen der gewollten gesellschaftlichen Beteiligung immer neu fest. »Wahnsinnig große Hoffnungen« auf konkrete Zugeständnisse hat die Aktivistin nicht. Zum Protest gebe es dennoch keine Alternative. »Wir müssen die Chance auf einen Wandel nutzen, so klein sie auch ist.« seb

## Wie's weiter geht

Tausende haben am Wochenende gegen die Politik der G20-Staaten protestiert. Wie ist eigentlich die Situation der Menschen in den Ländern? Wie hoch ist das Pro-Kopf-Einkommen, wie groß die Ungleichheit? Wie haben Fakten über die 19 Staaten und die EU zusammengetragen, die zur G20 gehören, und stellen sie am **Dienstag** vor. Hier erfahren Sie auch, welches Land Klimaschutzvorreiter ist und den Kohlendioxid-Ausstoß seit 1990 am stärksten reduziert hat.